

KoMa begrüßt neues Prüfen der Kraftwerkspläne Bürgerwille wird endlich ernst genommen

Mainz, 22.2.2008. Die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz e.V. (KoMa) begrüßt es, dass immer mehr politische Entscheidungsträger die Entscheidung zum Bau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue noch einmal auf den Prüfstand bringen wollen. Neben den Vertretern von Grünen und ÖDP in Mainz, als auch der SPD in Wiesbaden, die schon lange gegen das Kraftwerk Sturm laufen melden auch immer mehr Unions-Mitglieder Bedenken gegen das Milliarden-Projekt an.

„Wir freuen uns, dass nun endlich wieder eine inhaltliche Debatte über die Folgen und Risiken eines Kohlekraftwerks in Mainz eingesetzt hat“, erklärt KoMa-Mitglied Christoph Wirges. „Lange Zeit wurde von Seiten dem Kraftwerksbefürworter versucht, den Eindruck zu vermitteln, der Kraftwerksbau sei alternativlos und ohnehin endgültig beschlossen. Dass dem nicht so ist, wird dieser Tage immer deutlicher.“ Während der Einwendefrist, die vor einer Woche abgelaufen ist, haben sich zahlreiche Gemeinden und Gruppen eindeutig gegen das Kraftwerksvorhaben ausgesprochen. Auch die Bevölkerung will nicht hinnehmen, dass die eigenen Stadtwerke ihnen ein Kohlekraftwerk vor die Nase setzen wollen und hat mit rund 60.000 Einwendungen den Lokalpolitikern die rote Karte gezeigt.

„Unabhängig von vielen inhaltlichen Gründen, wieso das Kohlekraftwerk abzulehnen ist, finden wir, dass Politiker, die sich als Volksvertreter verstehen, sich über dieses klare Meinungsbild in der Bevölkerung nicht mehr hinwegsetzen dürfen“, erklärt Wirges die KoMa-Position. **„Wenn Politiker die Kraft haben, eigene Positionen vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen zu überdenken, so haben wir hiervoor großen Respekt!“**

So hat beispielsweise das CDU-Stadtratsmitglied Prof. Pietsch, ein Umweltmediziner der Mainzer Uniklinik, Anfang der Woche bekannt gegeben, dass er der Mainzer Ärzteinitiative gegen den Bau des Kohlekraftwerks beigetreten ist - und zwar gegen die offizielle Parteilinie. Prof. Pietsch macht keinen Hehl daraus, dass er vor einem Jahr noch dem Kohlekraftwerk zugestimmt hat. Schon damals sei ihm die Entscheidung zu seinem Votum nicht leicht gefallen, doch die Diskussion um Klimawandel, Wirtschaftlichkeit und nicht zuletzt gesundheitliche Auswirkungen des Kohlekraftwerks hätten ihn bewogen, seine Position zu überdenken. „Für uns hat es nichts mit ‚Umfallertum‘ zu tun, wenn Politiker noch für Argumente empfänglich sind und bereit sind, eine einmal gefällte Entscheidung auch noch einmal zu überprüfen“, findet Wirges. **„Diese kritische Prüfung der Kohlekraftwerks-Pläne können wir bisher leider noch nirgends in der Mainzer SPD erkennen. Dort scheint der Bürgerwille einigen Kungelrunden mit KMW-Freunden untergeordnet zu werden. Die bedingungslose Gefolgschaft der Kohle-KMW gipfelte in der Entgleisung, warnenden Ärzten Sektierertum vorzuwerfen und ihnen zu unterstellen, Menschen mit ihren Warnungen krank zu machen um so Patienten zu gewinnen.“**

Gründe, die Kohlepläne einer erneuten kritischen Prüfung zu unterziehen, sieht KoMa zuhauf: So hat die EU-Kommission im Januar ihre Pläne zu einer erheblichen Verschärfung des CO₂-Zertifikatehandels bekannt gegeben. Da die KMW bisher gebetsmühlenartig behauptete, hier kämen keine (bzw. später hieß es „kaum“) Kosten auf sie zu, fehlen nun über 150 Millionen Euro jährliche Kosten in ihren Kalkulationen. Auch die Kohlekosten, von denen die KMW versprochen hatte, sie seien stabil, sind in den letzten zwei Jahren explodiert. „Die Kommunal-Politiker sind natürlich in der Pflicht, sich angesichts dieser Entwicklungen erneut zu fragen, ob man sich wirklich einen Kohlekraftwerk ans Bein binden will“, findet Wirges. **„Wir haben den Eindruck, dass die Politik langsam erkennt, dass die gerade einmal ein Jahr alten Prognosen der KMW heute völlig haltlos sind. Da fragen sich schon einige, ob die KMW seinerzeit mit ihren Einschätzungen so sehr daneben lagen, oder aber bewusst Kommunal-Politiker und Öffentlichkeit mit falschen Argumenten gelockt werden sollten.“**

Zu guter letzt findet KoMa ganz unabhängig von neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Am Ende müssen Politiker auch auf ihre Wähler hören, denn die Stadt gehört nicht einigen wenigen Politikern, sondern allen Bürgern. Wenn sich also die Bevölkerung klar gegen ein Kohlekraftwerk ausspricht, haben selbst Oberbürgermeister und Aufsichtsräte kein Recht, dies zu ignorieren.